

Antrag A001: Zeit für einen demokratischen und wirtschaftlichen Aufbruch: Gewerkschaften gestalten Zukunft

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Demokratischer und wirtschaftlicher Aufbruch - Gewerkschaften gestalten Zukunft

1. Unser Anspruch: Gewerkschaften gestalten Zukunft – mit der solidarischen Kraft der Vielen

Durchsetzungsstark, beteiligungsorientiert und solidarisch – Gewerkschaften gestalten mit den Beschäftigten die Arbeitswelt von heute und morgen. Zukunft gestalten heißt für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, dass wir die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Wir sind die kraftvolle Stimme der Beschäftigten. Wir leben Demokratie durch Beteiligung und Solidarität. Das war, ist und bleibt unser Anspruch und unsere Aufgabe.

Wir stehen am Anfang gewaltiger Umbrüche, die uns Gewerkschaften besonders fordern. Was wir derzeit erleben, ist eine große und allumfassende Transformation, die – anders als viele frühere Prozesse des Strukturwandels – nicht nur einzelne Branchen und Regionen betrifft, sondern unsere gesamte Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend verändert. Geprägt ist diese Transformation durch das komplexe Zusammenspiel vielschichtiger Veränderungsprozesse: die Klimawende und den dafür nötigen Umbau zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft, die Digitalisierung von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen, die Globalisierung und eine weltweit zunehmende Migration ebenso wie die demographische Entwicklung und zunehmende gesellschaftliche Vielfalt – all diese Kräfte wirken gleichzeitig. Als Treiber des Wandels verstärken sie sich wechselseitig und entfalten eine immense Dynamik.

Wir erheben unseren gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruch, um mit Tarifvertrag und Mitbestimmung für bessere Arbeitsbedingungen sowie eine zukunftsorientierte und sinnstiftende Arbeit für die Beschäftigten zu sorgen. Angesichts der Größe der vor uns liegenden Aufgabe ist es für uns wichtig, noch wirkmächtiger zu werden. Wir vertreten die Interessen der Arbeitnehmer*innen. Dafür sind wir sowohl im Betrieb und der Dienststelle als auch auf vor Ort nah dran an den Menschen. In diesen Zeiten großer Umbrüche wollen wir noch näher ran, um zu erfahren, wie sie künftig arbeiten und leben wollen, und um ihren Erwartungen wirksam Gehör zu verschaffen. Der Druck auf die Beschäftigten und die Arbeitsbedingungen steigt. Viele Arbeitgeber*innen begreifen die Transformation als Gelegenheit, um Arbeitsplätze abzubauen, auszulagern oder Leistung zu verdichten. Um erfolgreich in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgeber*innen zu sein, bündeln wir die solidarische Kraft der Vielen, indem wir

33 unsere Mitglieder beteiligen. Unsere gewerkschaftliche Mobilisierungs- und
34 Handlungsfähigkeit erwächst dort, wo sich Menschen treffen und Ideen entwickeln, um
35 sie gemeinsam durchzusetzen.

36 Mit dem Zukunftsdialog, den wir in den letzten vier Jahren über alle Ebenen des DGB
37 und insbesondere getragen von den ehrenamtlichen Kolleg*innen in den DGB-Kreis- und -
38 Stadtverbänden bundesweit in der Fläche umgesetzt haben, ist es uns gelungen, mit den
39 Menschen noch intensiver ins Gespräch zu kommen und breite öffentliche Aufmerksamkeit
40 für unsere Arbeit und unsere Positionen zu erzeugen. Die Vielzahl an Veranstaltungen
41 und die lebhaftige Beteiligung daran zeigen, dass wir Gewerkschaften mit unseren
42 Beteiligungs-Angeboten als Zukunft gestaltende Kraft wahrgenommen und gefordert
43 werden. Der Zukunftsdialog bestätigt, dass unsere Rolle und Bedeutung für eine
44 solidarische Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen oder ausgegrenzt wird,
45 gesehen und begrüßt wird. Wir werden diese Unterstützung nutzen, um unseren
46 Gestaltungsanspruch zu untermauern.

47 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen gerechte und soziale Lösungen für
48 die Umbrüche unserer Zeit entwickeln, die sich in dem Dreiklang Aufbruch, Sicherheit
49 und Vertrauen bündeln lassen. Das heißt, wir werden

50 • die nächsten Jahre nutzen, um den AUFBRUCH in eine klimaneutrale, resiliente und
51 digitale Wirtschaft entschlossen voranzutreiben, die allen ein gutes und
52 selbstbestimmtes Leben auf der Grundlage von Wohlstand und qualitativem Wachstum
53 ermöglicht. Wir stehen für ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell, das auf Guter
54 Arbeit in tarifgebundenen und demokratisch mitbestimmten Unternehmen beruht,
55 durch mehr Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe geprägt ist und heutigen
56 wie künftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt erhält.

57 • die Transformation so gestalten, dass aus technischem Fortschritt auch sozialer
58 Fortschritt wird und die Beschäftigten dadurch SICHERHEIT im Wandel haben.
59 Vorrang hat dabei für uns die Beschäftigungs- und Standortsicherung in
60 Deutschland und Europa. Tarifverträge und Mitbestimmung, flankiert durch
61 staatliche Rahmenbedingungen, sind Voraussetzung für zukunftsfähige
62 Unternehmensstrategien, für einen modernen öffentlichen Dienst, für innovative
63 Geschäftsmodelle und bedarfsgerechte Qualifizierungsangebote für die
64 Beschäftigten. Sicherheit im Wandel bedeutet für uns aber auch, dass
65 Transformationsgewinne und -lasten gerecht verteilt werden, dass
66 Digitalisierungs- und Nachhaltigkeitsdividenden in berufliche Perspektiven,
67 Bildung und Qualifizierung investiert und für eine ausgewogenere Verteilung
68 verfügbarer Zeit für Erwerbs- und Sorgearbeit, für Ehrenamt und Selbstsorge
69 genutzt werden. Für das Gelingen der Transformation ist eine gut ausgebaute
70 Infrastruktur elementar. Die Transformation muss durch starke Systeme der
71 Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherheit abgesichert werden.
72 Um den Beschäftigten Sicherheit im Wandel zu geben, muss dafür Sorge getragen
73 werden, dass Zukunftsinvestitionen in eine sozial und wirtschaftlich
74 erfolgreiche Transformation uneingeschränkte Priorität haben. Das bedeutet auch,

75 dass die neuen Herausforderungen in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in
76 Folge des Ukraine-Krieges nicht zu Abstrichen bei diesen Investitionen führen
77 dürfen. Mehr denn je müssen dafür die großen Einkommen und Vermögen in die
78 Pflicht genommen werden, einen angemessenen Beitrag zu leisten und einen
79 gerechten Anteil an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben zu übernehmen.

80 • dafür sorgen, dass die Transformation mit den Beschäftigten gestaltet wird – und
81 nicht über ihre Köpfe hinweg. In der demokratischen Gemeinschaft der
82 Gewerkschaften werden sie von Betroffenen zu Handelnden, die den Kurs der
83 Veränderung gestalten. Damit die Klimawende und die digitale Wende gelingen,
84 müssen sie vom VERTRAUEN der Beschäftigten getragen werden. Die Transformation
85 muss mit und nicht gegen die Beschäftigten umgesetzt werden – nur so wird sie
86 ein Erfolg und findet vor Ort Akzeptanz.
87 Das setzt mehr Demokratie in Wirtschaft und Arbeitswelt voraus – durch stärkere
88 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten in der Privatwirtschaft wie im
89 öffentlichen Dienst, durch einen deutlich höheren Anteil mitbestimmter Betriebe,
90 Dienststellen und Unternehmen und durch eine Rückkehr zur flächendeckenden
91 Geltung von Tarifverträgen. Auf dem Weg dahin werden wir Gewerkschaften deutlich
92 mehr Anstrengungen unternehmen, um sichtbar zu werden und das Vertrauen in die
93 kollektive Kraft der Solidarität durch eine Gewerkschaftsmitgliedschaft zu
94 stärken.

95 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind die starke Stimme der
96 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Prozessen der Transformation unserer
97 Wirtschaft und Gesellschaft. Wir zeigen, was wir mit der Kraft solidarischen Handelns
98 bewirken können.

99

100 **2. Unser Auftrag: Die sozial-ökologische und digitale Transformation gerecht** 101 **gestalten**

102 Starke Gewerkschaften sind unverzichtbar, wenn es darum geht, den Beschäftigten in
103 Phasen des Wandels verlässliche Zukunftsperspektiven zu geben und Gute Arbeit zu
104 sichern. Die Geschichte der Bundesrepublik ist durch ständigen Strukturwandel in
105 einzelnen Regionen und Branchen, durch gesamtwirtschaftliche Umbrüche und Krisen
106 gekennzeichnet, die unsere gewerkschaftliche Arbeit prägen. All diese Prozesse des
107 Wandels mussten sozialpartnerschaftlich gestaltet und sozialstaatlich flankiert
108 werden, um betroffene Standorte und Unternehmen fit für die Zukunft zu machen und
109 dafür zu sorgen, dass Entlassungen vermieden, Arbeitsplätze erhalten oder neue
110 Beschäftigungsperspektiven eröffnet werden.

111 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verfügen über reichhaltige Expertise als
112 Gestalter*innen des Wandels. Wir verstehen die mit der sozial-ökologischen und
113 digitalen Transformation verbundenen Herausforderungen und Aufgaben als Auftrag für
114 gesellschaftlichen Fortschritt. Wir gestalten den Wandel gerecht und im Interesse der
115 Beschäftigten. Dafür werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ihre Arbeit in

116 den kommenden Jahren auf folgende zentrale Handlungsfelder konzentrieren:

117

118 **Gewerkschaften gestalten Zukunft: Für sichere Perspektiven und Gute Arbeit in der**
119 **Transformation**

120 Die Notwendigkeit einer erfolgreichen Klimawende steht für den DGB und seine
121 Mitgliedsgewerkschaften außer Frage. Wir bekennen uns zu den Pariser
122 Klimaschutzziele und setzen uns entschieden dafür ein, die ambitionierten
123 klimapolitischen Zielvorgaben für Deutschland und die Europäische Union zu erreichen.

124 Entscheidend ist für uns, wie der wirtschaftliche Umbau hin zur Klimaneutralität
125 gestaltet wird. Die Energie-, Mobilitäts-, Wärme-, Agrar- und Lebensmittelwende muss
126 in den nächsten Jahren vorangebracht werden. Postwachstums- und
127 Deindustrialisierungsdebatten helfen dabei nicht weiter. In einer schrumpfenden
128 Ökonomie sinken die Investitionen und damit das Innovationstempo. Wir wollen das
129 Gegenteil erreichen: Wir brauchen massive Zukunftsinvestitionen, damit die sozial-
130 ökologische Transformation qualitatives Wachstum erzeugt und dauerhaft Beschäftigung
131 sichert, Gute Arbeit ermöglicht und die Lebensqualität verbessert.

132 Im Zentrum des betrieblichen, tariflichen und politischen Handelns des DGB und seiner
133 Mitgliedsgewerkschaften steht ein umfassendes Verständnis von Guter Arbeit: Gute
134 Arbeit ist tarifvertraglich geschützte und mitbestimmte Arbeit. Gute Arbeit ist gut
135 bezahlte, gesunde und sozial abgesicherte Arbeit. Sie ist menschen- und
136 geschlechtergerecht. Gute Arbeit wird ermöglicht durch gute Bildung und eröffnet
137 Qualifizierungs- und Entwicklungschancen.

138

139 *Beschäftigung sichern durch Investitionen, Innovationen und Infrastruktur*

140 Die Verwirklichung eines wirtschaftlichen Entwicklungsmodells für qualitatives
141 Wachstum und Gute Arbeit setzt aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften
142 eine branchenübergreifende Perspektive voraus: Ob Energieversorgung, IT-Netze oder
143 Verkehrssektor, Stahl- oder Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemieindustrie,
144 Baugewerbe mit Zementindustrie, Landwirtschaft, Handel, Krankenhäuser und
145 Pflegeeinrichtungen, Schwimmbäder, Schulen oder das Handwerk – der Übergang von
146 fossilen Energieträgern zur Erzeugung von Strom und grünem Wasserstoff auf der
147 Grundlage erneuerbarer Energien ebenso wie die Ausrichtung auf die Erfordernisse
148 einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft betreffen Industrie- und
149 Dienstleistungsbranchen, betreffen die Privatwirtschaft und den öffentlichen Dienst.

150 Für sämtliche Branchen und Bereiche gilt, dass die Gestaltung des Wandels der
151 gezielten Flankierung durch eine aktive und eng mit den Sozialpartnern koordinierte
152 Industrie-, Dienstleistungs-, Handwerks- und Strukturpolitik der „drei I“
153 (Investitionen, Innovation, Infrastruktur) bedarf. Eine solche Politik erhält
154 Arbeitsplätze und schafft neue, indem sie in zukunfts- und wettbewerbsfähige
155 Schlüsseltechnologien investiert, Innovationen fördert, bei Produktion und

156 Versorgungsnetzen den Ausbau erneuerbarer Energien zu bezahlbaren Preisen vorantreibt
157 und für gut ausgebaute öffentliche Infrastrukturen sorgt. Sie sorgt durch strategisch
158 ausgerichtete Überbrückungs-Instrumente wie z.B. Klimaschutzverträge dafür, dass
159 privates Kapital für die Entwicklung neuer „grüner“ Technologien, Produkte und
160 Produktionsweisen mobilisiert wird, bei denen es Zeit in Anspruch nehmen wird, bis
161 ihre Marktfähigkeit erreicht ist. Um die nötigen privaten Investitionen für eine
162 erfolgreiche Transformation zu mobilisieren, sind verlässliche und sozial ausgewogene
163 Kriterien für „grüne“ Anlagen in nachhaltige Projekte und Unternehmen erforderlich.
164 Wir brauchen dafür auf EU-Ebene ein Klassifikationssystem für private Investitionen,
165 das gleichermaßen Kriterien der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit
166 berücksichtigt – und das über die von der Europäischen Kommission vorgelegte „grüne
167 Taxonomie“ hinausgeht.

168 Aus den Erfahrungen mit früheren Strukturwandelprozessen haben wir gelernt, wie
169 wichtig die Region als Handlungsebene für die Beschäftigungs- und Standortsicherung
170 ist. Zentralen Stellenwert hat eine regionale Strukturpolitik, die Gewerkschaften,
171 betriebliche Interessenvertretungen, Beschäftigte sowie zentrale wirtschaftliche und
172 Arbeitsmarktakteur*innen vor Ort einbezieht. In dafür zu schaffenden regionalen
173 Transformationsräten, -netzwerken und -bündnissen müssen Strategien und
174 Zukunftskonzepte für Regionen im Wandel entwickelt und Betriebe bei der Orientierung
175 auf künftige Produkte, Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten unterstützt werden.
176 Bund und Länder sind gefordert, eine so angelegte Strukturpolitik auch finanziell zu
177 unterstützen – etwa durch die Bereitstellung erforderlicher Mittel aus bundesweiten
178 oder regionalen Transformationsfonds. Erste Schritte, wie der 2021 auf den Weg
179 gebrachte „Zukunftsfonds Automobilindustrie“ und die von der Bundesregierung
180 angekündigten Transformationsfonds, weisen hier die Richtung. Wichtig ist, dass die
181 zur Verfügung gestellten Mittel im Sinne regionaler Transformationsstrategien auch
182 für Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik durch die Unterstützung von regionalen
183 Weiterbildungsverbänden eingesetzt werden. Dabei können gemeinsame Einrichtungen der
184 Tarifpartner in eher kleinteilig aufgestellten Branchen genutzt werden.

185

186 *Tarifbindung und Mitbestimmung stärken*

187 Neben sicheren Beschäftigungsperspektiven sind aus Sicht des DGB und seiner
188 Mitgliedsgewerkschaften eine hohe Tarifbindung und eine starke Mitbestimmung zentrale
189 Hebel für eine erfolgreiche Gestaltung des Wandels. Die Transformation muss Hand in
190 Hand gehen mit einer stärkeren Demokratisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt.
191 Deshalb wollen wir das Schwinden der Tarifbindung und die rückgängige Mitbestimmung
192 auf betrieblicher und Unternehmensebene umkehren.

193 Durch Tarifflicht, Ausgliederungen, Betriebsübergänge, OT-Mitgliedschaften und ihr
194 Drängen auf eine immer stärkere Modularisierung und Dezentralisierung des
195 Tarifgeschehens hebeln die Arbeitgeber*innen die Ordnungsfunktion von Tarifverträgen
196 in der Arbeitswelt systematisch aus. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften

197 steuern hier mit aller Kraft gegen. Der Kampf um die flächendeckende Geltung von
198 Tarifverträgen und die hierfür erforderlichen gesetzlichen Leitplanken stehen im
199 Zentrum unseres gewerkschaftlichen Handelns. Es ist ein Erfolg für unsere
200 gewerkschaftliche Arbeit, dass die Bundesregierung künftig Auftragsvergaben des
201 Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrags binden und die
202 Fortgeltung von Tarifverträgen bei Betriebsausgliederungen des gleichen Eigentümers
203 regeln will. Gleichzeitig springen diese Vorhaben im Koalitionsvertrag aber
204 entschieden zu kurz, weil wichtige gewerkschaftliche Forderungen, wie die Abschaffung
205 von OT-Mitgliedschaften oder die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von
206 Tarifverträgen, außen vor geblieben sind.

207 Die zweite tragende Säule einer demokratischen Wirtschafts- und Arbeitswelt ist die
208 Mitbestimmung. Wir wollen den Anteil an Beschäftigten und Unternehmen mit Betriebsrat
209 deutlich erhöhen. Wir bekämpfen die bei vielen Arbeitgeber*innen gängige Praxis des
210 „Union Busting“, d.h. der gezielten Behinderung der Arbeit von betrieblichen
211 Interessenvertretungen und der Verhinderung von Betriebsratswahlen. Sie muss durch
212 eine Verschärfung rechtlicher Sanktionen unterbunden werden.

213 Bei der Unternehmensmitbestimmung muss die fortschreitende Erosion durch europäisches
214 Gesellschaftsrecht gestoppt werden. Jenseits dessen wollen wir im
215 Mitbestimmungsgesetz einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte durchsetzen, der
216 sicherstellt, dass Entscheidungen zur strategischen Ausrichtung des Unternehmens
217 nicht gegen die Arbeitnehmervertreter*innen im Aufsichtsrat beschlossen werden können
218 – insbesondere, wenn es um Rechtsformänderungen und Sitzverlagerungen ins Ausland,
219 Unternehmensverkäufe, Fusionen und Übernahmen, Werkschließungen und
220 Massentlassungen geht.

221

222 *Brücken in die Arbeitswelt von morgen bauen – durch eine aktivierende*
223 *Arbeitsmarktpolitik und bessere Teilhabechancen*

224 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen die Unternehmen in der Pflicht, den
225 Beschäftigten in der Transformation sichere Perspektiven vor Ort zu eröffnen. Mit
226 Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen leisten Gewerkschaften und betriebliche
227 Interessenvertretungen einen wichtigen Beitrag, um sicherzustellen, dass die
228 Arbeitgeber*innen Strategien für zukunftsfähige Geschäftsmodelle entwickeln und am
229 Standort in die Zukunft des Unternehmens investieren, statt die Transformation als
230 Vorwand für Outsourcing und Betriebsverlagerungen zu missbrauchen. Gestützt auf ein
231 kontinuierliches Monitoring der sich wandelnden beruflichen Anforderungen müssen für
232 alle Beschäftigten bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote
233 entwickelt werden, die es ihnen nach Möglichkeit erlauben, auch perspektivisch am
234 gleichen Standort zu bleiben.

235 Am Anfang steht dabei die duale Ausbildung. Sie sichert qualifizierte Beschäftigung
236 und ermöglicht jungen Menschen den Einstieg in ein Berufsleben, das ihnen
237 verlässliche Perspektiven auf ein gutes Einkommen und ein gutes Leben eröffnet. Für

238 eine erfolgreiche Bewältigung der Transformation ist es daher von herausragender
239 Bedeutung, die duale Berufsausbildung an die veränderten Anforderungen der
240 Arbeitswelt von morgen anzupassen. Darüber hinaus gilt es, die betriebliche und
241 berufliche Weiterbildung deutlich zu verbessern. Sie ist das A und O für soziale
242 Übergänge in der Transformation.

243 Dabei ist auch die Politik gefragt. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern
244 die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit den Sozialpartnern die nationale
245 Weiterbildungsstrategie konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln – inklusive des
246 Förderinstruments einer Bildungs(teil)zeit. Darüber hinaus erwarten wir von der
247 Bundesregierung, dass sie die Förderung beruflicher Weiterbildung, wie sie mit den
248 wichtigen Instrumenten des Qualifizierungschancengesetzes und des Arbeit-von-Morgen-
249 Gesetzes auf den Weg gebracht wurde, ausbaut. Wichtig ist zudem die schnelle
250 Einführung eines Transformationskurzarbeitsgeldes und die Weiterentwicklung des
251 Transferkurzarbeitsgeldes. Darüber hinaus benötigen Betriebs- und Personalräte ein
252 wirksames und umfassendes Initiativ- und Mitbestimmungsrecht, um Qualifizierungspläne
253 durch- und umzusetzen.

254 Schon heute fehlt es an allen Ecken und Enden an qualifizierten Fachkräften. Diese
255 Entwicklung wird sich angesichts des demographischen Wandels und des in den nächsten
256 Jahren verstärkt einsetzenden Renteneintritts der „Baby Boomer“ weiter verschärfen.
257 Statt in eine bessere Personalausstattung und -entwicklung zu investieren und eine
258 bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit zu ermöglichen, halten viele
259 Arbeitgeber*innen an Dumping-Praktiken fest. Sie setzen auf Mehrarbeit, ständige
260 Arbeitsverdichtung und die Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Statt
261 Diversität und Gleichstellung aktiv zu fördern, lassen sie es zu, dass der
262 betriebliche Alltag viel zu häufig durch Diskriminierung und Ungleichbehandlung
263 geprägt ist und die Bedürfnisse von Menschen mit Sorgeverantwortung ignoriert.

264 Hinzu kommt, dass die Arbeitgeber*innen durch ihre verfehlte Praxis, nicht
265 ausreichend und vorausschauend aus- und fortzubilden, selbst entscheidend dazu
266 beitragen, dass es an qualifizierten Fachkräftenachwuchs fehlt. Die Lage auf dem
267 Ausbildungsmarkt hat sich im Zug der Corona-Pandemie drastisch verschlechtert. Im
268 Jahr 2020 wurde die niedrigste Zahl an Ausbildungsverträgen seit 40 Jahren
269 abgeschlossen. Auch vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass die neue
270 Bundesregierung eine Ausbildungsgarantie beschließen will – und fordern sie dazu auf,
271 deren Finanzierung über einen fairen umlagefinanzierten Zukunftsfonds zu
272 gewährleisten.

273 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden weiter für die Eindämmung prekärer
274 Beschäftigung kämpfen. Minijobs dürfen nicht ausgebaut, sondern müssen in
275 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden. Zudem muss die
276 Leiharbeit beschränkt, der Missbrauch von Werkverträgen verhindert und die
277 sachgrundlose Befristung abgeschafft werden.

278 Wir werden uns noch stärker für die inklusive Teilhabe für Menschen mit Behinderung

279 insbesondere auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einsetzen.

280 Wir treten ein für bessere gesellschaftliche Teilhabechancen und eine verbesserte
281 Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund, von Zu- und
282 Einwander*innen sowie Geflüchteten unabhängig von ihrer jeweiligen Herkunft.

283 Die Bedingungen für die Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben müssen weiter verbessert
284 werden. Es ist höchste Zeit, die Arbeit von Frauen aufzuwerten. Das setzt auch eine
285 ausgewogene Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit
286 zwischen den Geschlechtern voraus. Sie ist für eine Erhöhung des Erwerbsvolumens von
287 Frauen unverzichtbar.

288 Wir müssen die Schlechterstellung von Frauen bei der Entlohnung endlich überwinden.
289 Frauen dürfen auch beim Zugang zu digitalen Arbeitsmitteln und bei der Weiterbildung
290 nicht benachteiligt werden.

291 Die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen in der
292 Arbeitswelt ist ein zentrales Element der gemeinsamen Aufwertungsstrategie für Gute
293 Arbeit, die der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in den nächsten Jahren
294 verfolgen werden. Dabei werden wir weiterhin die frauendominierten (sozialen und
295 personenbezogenen) Dienstleistungen besonders in den Blick nehmen.

296 Flankieren werden wir diese Aufwertungsstrategie durch eine gemeinsame Offensive für
297 die Reform des Bildungssystems, um nicht nur gleiche Bildungschancen für alle zu
298 ermöglichen – und zwar von frühkindlichen Bildungseinrichtungen, über Schulen,
299 berufliche Ausbildung und Studium bis hin zum Weiterbildungssystem – sondern auch
300 eine angemessene Bezahlung aller Fachkräfte.

301

302 *Das Sicherheitsversprechen des Sozialstaats erneuern*

303 Beschäftigte müssen sich im Transformationsprozess auf einen starken solidarischen
304 Sozialstaat und dauerhaft leistungsfähige Systeme der sozialen Sicherheit verlassen
305 können. Beispiele wie der Einsatz von Kurzarbeitsgeld im Umbruch der ostdeutschen
306 Wirtschaft und während der Finanzmarkt- und Corona-Krise oder das Anpassungsgeld für
307 die vom Ausstieg aus der Stein- und Braunkohleverstromung betroffenen Beschäftigten,
308 zeigen: Ohne ausreichende sozialstaatliche Flankierung laufen viele
309 Arbeitnehmer*innen in Prozessen des Wandels und Krisenzeiten Gefahr, ins Bergfreie zu
310 fallen.

311 Ein starker solidarischer Sozialstaat ist aus Sicht des DGB und seiner
312 Mitgliedsgewerkschaften unabdingbar, um die Beschäftigten auch gegen die Risiken
313 einer sich transformierenden Wirtschafts- und Arbeitswelt abzusichern und zugleich
314 mögliche Perspektiven in ihrem Interesse umzusetzen.

315 Wir brauchen einen besseren Schutz durch die Arbeitslosenversicherung, vor allem
316 durch einen erleichterten Zugang und eine längere Bezugsdauer.

317 Neben dem seit langem geforderten Systemwechsel der Gesetzlichen Krankenversicherung
318 zur Bürgerversicherung treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auch für den

319 Wechsel zu einer Pflegevollversicherung ein. Steigende Pflegekosten dürfen nicht bis
320 zur Grenze der finanziellen Belastbarkeit bei den Pflegebedürftigen und ihren
321 Angehörigen abgeladen werden. Unabdingbar für den DGB und seine
322 Mitgliedsgewerkschaften ist, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Pflege-
323 und Gesundheitsbereich durch eine entsprechende Personalausstattung verbessert
324 werden.

325 Ein weiterer zentraler Aspekt sozialer Sicherheit ist eine verlässliche und gute
326 Versorgung im Alter. Oberstes Ziel der Gewerkschaften ist es, die Gesetzliche
327 Rentenversicherung zu stärken und zu gewährleisten, dass das Rentenniveau
328 stabilisiert und in weiteren Schritten wieder angehoben wird. Deshalb betrachten wir
329 es als großen Teilerfolg unserer gewerkschaftlichen Arbeit, dass sich die
330 Regierungskoalition auf eine dauerhafte Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus
331 bei 48 Prozent geeinigt hat. Ergänzend ist ein Ausbau der betrieblichen
332 Altersversorgung geboten – mit einer verbindlichen und höheren Beteiligung der
333 Arbeitgeber*innen. Längerfristig muss die Gesetzliche Rentenversicherung zu einer
334 Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden, um sie finanziell tragfähig zu
335 halten.

336

337 **Gewerkschaften gestalten Zukunft: Für ein gutes Leben in einer gesunden Umwelt**

338 Wir sind stark aufgestellt, um den Wandel im Sinne einer Ära des sozialen
339 Fortschritts zu gestalten, der den Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben in
340 einer gesunden Umwelt ermöglicht. Nutzen können wir diese Stärken aber nur, wenn die
341 Politik auf nationaler, europäischer und globaler Ebene eine aktiv gestaltende Rolle
342 übernimmt und verlässliche Rahmenbedingungen für eine ökologisch nachhaltige, sozial
343 gerechte und wirtschaftlich vernünftige Transformation setzt. Für eine solche Politik
344 machen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stark.

345

346 *Eine aktive Gestaltungsrolle des Staates sicherstellen, die öffentliche*
347 *Daseinsvorsorge ausbauen*

348 Der Staat darf in der sozial-ökologischen und digitalen Transformation nicht am Rande
349 des Spielfelds stehen. Für den wirtschaftlichen Umbau fordern wir staatliches Handeln
350 im Sinne einer aktiv gestaltenden Industrie-, Dienstleistungs-, Innovations-,
351 Struktur- und Arbeitsmarktpolitik – und zwar auf Bundes-, Landes-, kommunaler wie
352 auch auf europäischer Ebene. Wir erwarten von einer solchen Politik, dass sie einen
353 stabilen Rahmen setzt und verbindliche Perspektiven für Unternehmen und Beschäftigte
354 gewährleistet. Sie muss durch geeignete rechtliche Rahmenbedingungen und Instrumente
355 der Forschungsförderung ebenso wie durch öffentliche Auftragsvergabe dafür sorgen,
356 dass innovative „grüne“ Technologien, Dienstleistungen, Produkte und
357 Produktionsprozesse entwickelt werden und sich am Markt durchsetzen können. Sie muss
358 ebenso dafür Sorge tragen, dass das technologische Know-How in den Regionen erhalten
359 bleibt und sich nicht ausschließlich auf ferne Märkte verlagert, damit

360 Wertschöpfungsketten nicht abreißen. Dazu muss es auch möglich sein, bestehende
361 Betriebe im Transformationsprozess mit Strukturwandelgeldern zu fördern. Wir brauchen
362 eine investive Politik, die den flächendeckenden Auf- und Ausbau intelligenter
363 Stromnetze, der Dateninfrastruktur, der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie den
364 Umbau der Verkehrsweginfrastruktur in Richtung einer Stärkung des öffentlichen
365 Personennah- und -fernverkehrs und der Schiene ermöglicht. Zudem fordern wir ein
366 staatliches Handeln, das die nötigen öffentlichen und privaten Zukunftsinvestitionen
367 mobilisiert, um für Wirtschaft und Gesellschaft eine ausreichende Versorgung mit
368 bezahlbarem „grünen“ Strom und Wasserstoff bereit zu stellen.

369 Gute Klimapolitik heißt für uns auch, dass sie verteilungsgerecht gestaltet wird. So
370 darf die Energiewende und die dafür nötige CO₂-Bepreisung gerade für die
371 Bezieher*innen niedriger Einkommen keine zusätzliche Belastung durch steigende
372 Benzin-, Heiz- und Stromkosten nach sich ziehen. Energetische Sanierungskosten dürfen
373 nicht einseitig in Form von steigenden Kosten den Mieterinnen und Mietern aufgehalst
374 werden. Die Energiewende darf nicht dazu führen, dass Menschen in die Energiearmut
375 abstürzen.

376 Die Corona-Pandemie hat drastisch vor Augen geführt, wie wichtig eine gute
377 Grundversorgung der Menschen mit öffentlicher Infrastruktur und öffentlichen
378 Dienstleistungen ist – und wie groß hier die Defizite nach Jahrzehnten rigider
379 Haushaltseinsparungen und der Privatisierung sind. Dabei bilden eine gut ausgebaute
380 öffentliche Daseinsvorsorge, wie das Gesundheitswesen, die Pflege, die Soziale Arbeit
381 und das Bildungswesen, eine funktionsfähige Energieversorgung, leistungsfähige
382 Datennetze und eine stabile Verkehrsinfrastruktur sowie ein angemessenes Angebot an
383 bezahlbarem Wohnraum, ein starkes Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

384 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für einen Stopp der
385 Privatisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Sie treten ein
386 für eine Stärkung der öffentlichen Infrastruktur. Sie machen sich stark für einen
387 deutlichen Ausbau der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, mit dem die
388 Handlungsfähigkeit des Staates gesichert und die erforderlichen Zukunftsaufgaben
389 angepackt werden können. Das dafür nötige Hochfahren öffentlicher Investitionen in
390 Infrastruktur und Personal trägt unmittelbar zu einer gerechten und nachhaltigen
391 Transformation bei. Dadurch wird sozial ausgewogenes Wachstum geschaffen und die
392 langfristige Tragfähigkeit staatlicher Finanzen verbessert.

393 Um eine erfolgreiche Gestaltung der Transformation möglich zu machen, ist der Staat
394 auf solide finanzielle Spielräume angewiesen. Der in der Corona-Krise eingeschlagene
395 Kurs einer Abkehr von der Schwarzen Null muss beibehalten werden. Entsprechend bleibt
396 die Abschaffung der Schuldenbremse oder – falls diese politisch absolut nicht
397 durchsetzbar ist – zumindest ihre grundlegende Reform für den DGB und seine
398 Mitgliedsgewerkschaften weiter auf der Tagesordnung.

399 Auf der Einnahmenseite zeigt das DGB-Steuerkonzept auf, wie eine Reform des deutschen
400 Steuersystems aussehen muss, die die Einnahmenbasis des Staates stärkt und außerdem

401 durch Umverteilung verhindert, dass die heute schon stark durch Steuerzahlungen und
402 Sozialversicherungsbeiträge belasteten Beschäftigten durch zusätzliche finanzielle
403 Belastungen überfordert werden. Wir werden auch künftig mit unserer politischen
404 Arbeit darauf hinwirken, dass dieses Konzept umgesetzt wird.

405 Auf der Ausgabenseite bleibt es dabei, dass wir milliardenschwere zusätzliche
406 Rüstungsausgaben strikt ablehnen. Weil das Geld für weit Wichtigeres gebraucht wird,
407 werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften weiterhin entschlossen dafür
408 eintreten, dass die Bundesregierung von dem NATO-Ziel Abstand nimmt, die
409 Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zu
410 erhöhen.

411

412 *Digitalisierung in den Dienst sozialen Fortschritts stellen*

413 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen die Digitalisierung nutzen, um die
414 Arbeitswelt zu humanisieren, den Wohlstand in Deutschland zu sichern,
415 gesellschaftliche Inklusion zu fördern und neue demokratische Teilhabemöglichkeiten
416 zu eröffnen. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten für vernetzte und
417 ressourcenschonende Produktions- und Dienstleistungssysteme. Der technologische
418 Fortschritt ermöglicht neue Arbeitsformen und digitale Assistenzsysteme, die zur
419 Entlastung und größeren autonomen Handlungsspielräumen der Beschäftigten ebenso
420 beitragen können wie zu einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit.
421 Nicht zuletzt kann der Einsatz digitaler Technologien bei der Bewältigung des
422 Klimawandels eine wichtige Rolle spielen.

423 Entscheidend für die Zukunft sind nicht die Technologien selbst, sondern die Frage,
424 wer darüber entscheidet, wofür und wie Daten und Technologien eingesetzt werden.
425 Diese Entscheidungen dürfen wir nicht global agierenden Konzernen mit ihren digitalen
426 Plattformen überlassen, deren Geschäftsmodell in vielen Fällen auf prekären
427 Arbeitsverhältnissen, Niedriglöhnen und Steuerflucht beruht.

428 Gerade im kritischen Bereich der Datenverarbeitung und des Datentransfers sind
429 Unternehmen und öffentliche Institutionen in Europa stark auf die digitalen
430 Infrastrukturen global agierender Konzerne aus den USA und China angewiesen. Wir
431 brauchen mehr technologische Souveränität in Europa, damit unsere sozialen und
432 politischen Standards in der Digitalisierung gewahrt bleiben und wir uns wirksam
433 gegen Cyber-Angriffe schützen können. Dass die Bundesregierung im Bereich der
434 öffentlichen Verwaltung eine Multi-Cloud-Strategie mit strengen Sicherheits- und
435 Transparenzvorgaben verfolgt, begrüßen wir in diesem Zusammenhang.

436 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine wirksame Begrenzung
437 der Macht marktbeherrschender Digitalkonzerne ein und unterstützen
438 gemeinwohlorientierte Datennutzung. Grundsätzlich ist zu gewährleisten, dass
439 öffentliche Güter und die öffentliche Daseinsvorsorge – zum Beispiel im Bereich der
440 Gesundheitsversorgung, der Bildung, der Mobilität oder bei „Smart City“-Projekten –
441 auch in einer „Gesellschaft 4.0“ in demokratisch legitimer Verantwortung bleiben.

442 Die Politik ist in der Pflicht: Bund und Länder müssen die großen Defizite beim
443 Zugang zu digitaler Infrastruktur, dem Breitbandausbau und bei der digitalen
444 Ausstattung endlich beheben. Das gilt für die öffentliche Verwaltung generell und
445 insbesondere für das Bildungswesen. Deutsche Unternehmen, v.a. im Mittelstand, hinken
446 im OECD-Vergleich bei digitalen Geschäftsmodellen hinterher.

447 In der Arbeitswelt kämpfen wir dafür, dass die Nutzung digitaler Technologien unseren
448 Leitprinzipien für Gute Arbeit folgt. Durch betriebliche, tarifliche und gesetzliche
449 Regelungen sorgen wir dafür, dass die Beschäftigten von den Chancen der
450 Digitalisierung (mehr Arbeitsort- und Zeitsouveränität, bessere Vereinbarkeit und
451 Inklusion) profitieren und wirksam geschützt sind gegen die Risiken
452 (Arbeitsverdichtung, mehr Tempo und Kontrolle). Das heißt für uns auch, dass wir uns
453 entschieden gegen jeden Einsatz von technologischen Assistenzsystemen einsetzen,
454 durch den eine Abwertung von Facharbeit und Beruflichkeit droht.

455 Schließlich geht es uns Gewerkschaften bei der digitalen Transformation darum, auf
456 der Grundlage von Betriebs- und Dienstvereinbarungen, gegebenenfalls
457 tarifvertraglicher und gesetzlicher Regelung die Autonomie von Erwerbstätigen zu
458 stärken. Dies gilt für neue Formen der Zusammenarbeit mit Assistenzsystemen und
459 kollaborativen Robotern und für Arbeit, die über digitale Plattformen organisiert
460 wird, ebenso wie bei mobiler Arbeit. Wir werden algorithmische Fremdsteuerung und
461 Überwachung, Entgrenzung und Vereinzelung verhindern. Stattdessen machen wir uns für
462 einen Einsatz digitaler Technologien stark, durch welche die Beschäftigten
463 zusätzliche Möglichkeiten und Spielräume für selbstbestimmtes Arbeiten im Rahmen
464 solidarischer Kollektive erhalten. Die Politik muss den dafür nötigen rechtlichen
465 Rahmen entwickeln.

466

467 *Globalisierung und Migration fair und nachhaltig gestalten*

468 Deutschland und Europa müssen eine internationale Vorreiterrolle auf dem Weg zur
469 Klimaneutralität einnehmen. Für eine erfolgreiche Klimawende reicht das jedoch bei
470 weitem nicht aus. Das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele kann nur gelingen, wenn
471 die internationale Staatengemeinschaft geschlossen handelt und glaubwürdige
472 kollektive Anstrengungen unternommen werden, um diese globale Aufgabe zu bewältigen.
473 Gelingen wird die sozial-ökologische Transformation als eine der großen
474 Menschheitsaufgaben der kommenden Jahrzehnte nur auf der Grundlage einer Politik der
475 fairen Globalisierung, der internationalen Kooperation und der gemeinsamen
476 Sicherheit. Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bedeutet dies, dass eine
477 grundlegende Korrektur des Globalisierungskurses der letzten Jahrzehnte für sie
478 weiterhin höchste Priorität hat und dass wir als Teil der internationalen und
479 europäischen Gewerkschaftsbewegung jetzt gefordert sind, noch entschlossener als
480 bislang dafür zu kämpfen. Dazu gehört auch, dass wir uns weiterhin mit aller Kraft
481 dafür einsetzen, die Grundlagen der Zusammenarbeit und die Wettbewerbsbedingungen in
482 einer hochgradig finanzmarktgetriebenen und durch wechselseitige Abhängigkeiten

483 geprägten Weltwirtschaft grundlegend zu verändern.

484 Gemeinsam mit dem Internationalen und dem Europäischen Gewerkschaftsbund werden wir
485 uns noch stärker dafür einsetzen, dass die von den Vereinten Nationen beschlossenen
486 Nachhaltigkeitsziele („Sustainable Developments Goals“ - SDGs) auf nationaler,
487 europäischer und globaler Ebene konsequent umgesetzt werden. Wir werden unser
488 Engagement intensivieren, damit international geltende Menschenrechts-, Arbeits-,
489 Sozial-, Verbraucher- und Umweltschutzstandards weiterentwickelt und entlang globaler
490 Liefer- und Wertschöpfungsketten ebenso wie in Handelsabkommen besser durchgesetzt
491 werden. Von deutschen und europäischen Unternehmen erwarten wir, dass sie auf diesem
492 Weg vorangehen. Zugleich fordern wir von der Politik auf nationaler und EU-Ebene,
493 dass sie Unternehmen wirksam vor einem unfairen Wettbewerb mit Anbieter*innen aus
494 anderen Ländern schützt, die durch Menschenrechtsverletzungen, Lohn-, Sozial-,
495 Umwelt- und Klimadumping internationale Wettbewerbsvorteile herauschinden.

496 Eine zentrale Rolle kommt dabei einer Europäischen Union zu, die sich auf ihre
497 Gründungsidee als soziales Fortschritts- und Friedensprojekt besinnt und als Vorbild
498 und Motor für eine faire und solidarische Globalisierung wirkt. Der DGB und seine
499 Mitgliedsgewerkschaften treten deshalb gemeinsam mit dem Europäischen
500 Gewerkschaftsbund dafür ein, dass die europäische Politik sich neu positioniert. Wir
501 stehen für ein soziales Europa, das sich auch international für bessere Arbeits- und
502 Lebensbedingungen der Menschen einsetzt und den „Green Deal“ mit einem „Social Deal“
503 verbindet. Und wir stehen für ein strategisch souveränes Europa, das sich politisch
504 und wirtschaftlich als eigenständiger Akteur in einer grundlegend veränderten
505 internationalen Machtkonstellation behaupten muss. Der Angriffskrieg Russlands auf
506 die Ukraine markiert den Rückfall in eine militärische Konfrontationspolitik, die nur
507 durch eine neue Architektur der gemeinsamen Sicherheit und des Friedens überwunden
508 werden kann. Der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten kommt bei der
509 Errichtung dieser neuen Friedens- und Sicherheitsordnung auf dem Kontinent eine
510 Schlüsselrolle zu. Gleichzeitig prägen zunehmend die ökonomischen Interessenkonflikte
511 und Systemkonkurrenzen zwischen den USA und China das Weltgeschehen. Die Corona-Krise
512 und der Ukrainekrieg werfen ein Schlaglicht darauf, wie fragil die bestehenden
513 globalen Lieferketten sind. Gerade bei kritischen Gütern und Schlüsseltechnologien
514 brauchen wir in Europa resiliente Infrastrukturen und Wertschöpfungsketten. Auch um
515 längerfristige Sicherheit bei der Energieversorgung zu gewährleisten, bedarf es einer
516 stärkeren Zusammenarbeit in Europa.

517 All diese Schritte tragen erheblich dazu bei, dass Deutschland und Europa sich
518 langfristig im internationalen Standortwettbewerb behaupten können. Und doch genügt
519 das nicht. Ihre Unternehmen werden nur dann dauerhaft wirtschaftlichen Erfolg haben,
520 wenn sie auf eine Strategie des „besser statt billiger“ setzen. Damit dies gelingt,
521 sind sie auf ein ausreichendes Angebot an hochqualifizierten Fachkräften angewiesen.

522 Auch Deutschland kann als Beschäftigungsland deutlich attraktiver werden für
523 Fachkräfte aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland. Das setzt eine Politik
524 voraus, die sich der Realität stellt, dass wir längst in einer

525 Einwanderungsgesellschaft leben, und entsprechend handelt. Tatsächlich machen
526 Menschen mit Migrationshintergrund inzwischen rund ein Viertel der deutschen
527 Gesamtbevölkerung aus. Und doch zeigt sich noch immer an vielen Stellen, wie sehr
528 Menschen mit Migrationshintergrund, selbst wenn sie in Deutschland geboren und
529 aufgewachsen sind, benachteiligt werden. Sie sind vielfach in weit höherem Maße von
530 schlechterer Bezahlung und Armut, prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
531 betroffen als Menschen ohne Migrationsgeschichte.

532 Wesentlich, um diesen diskriminierenden Praktiken ein Ende zu setzen und die
533 gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine offene Einwanderungsgesellschaft zu schaffen,
534 ist eine Teilhabepolitik, die ihren Namen verdient. Wir Gewerkschaften leben
535 Integration und fordern eine moderne, weltoffene und lösungsorientierte
536 Teilhabepolitik. Sie muss die demokratischen Beteiligungsrechte von Einwander*innen
537 und Menschen mit Migrationshintergrund ausbauen und Menschen, die aus humanitären
538 Gründen nach Deutschland kommen, bessere Perspektiven bieten. Auch vor diesem
539 Hintergrund begrüßen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das entschlossene und
540 unbürokratische Handeln von Bund, Ländern und Kommunen, um geflüchteten Menschen aus
541 der Ukraine zu helfen, die bei uns Unterkunft, Schutz und Unterstützung suchen. Das,
542 was für Geflüchtete aus der Ukraine beim Aufenthaltsrecht und bei der Integration,
543 insbesondere in den Arbeitsmarkt, politisch möglich gemacht wurde, muss auch für
544 Geflüchtete aus allen anderen Teilen der Welt gelten.

545 Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre eine Änderung der geltenden Regelungen
546 für geduldete Geflüchtete, die bereits länger in Deutschland leben und ihren
547 Lebensunterhalt eigenständig sichern können. Ihre Ausweisung oder Abschiebung ist
548 integrationspolitisch nicht verantwortbar und angesichts des bestehenden
549 Fachkräftemangels auch ökonomisch nicht sinnvoll. In solchen Fällen müssen die
550 Möglichkeiten für einen sogenannten „Spurwechsel“ – also für den Wechsel in einen
551 langfristigen Aufenthalt – durch den Gesetzgeber eingeführt werden. Die Ankündigung
552 der Bundesregierung, diese Möglichkeit nur für Auszubildende mit Duldung dauerhaft
553 vorzusehen, reicht nicht aus.

554 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass die Möglichkeit
555 zur Einbürgerung auch für Menschen erleichtert und beschleunigt wird, die einige
556 Jahre in Deutschland leben. Die Einbürgerungsbehörden haben dabei die Aufgabe, diese
557 Menschen aktiv zum Erwerb der Staatsbürgerschaft zu ermutigen und sie entsprechend zu
558 unterstützen. In vielen anderen Ländern ist die Anerkennung von Mehrstaatlichkeit
559 längst selbstverständlich.